



Keupers

kritischer

Kommentar

09-01-2016

September 2016

Der Angst vor der Zukunft Paroli bieten!

Derzeit tritt es immer deutlicher zutage, wie wichtig es ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ihrer Gesellschaft zugehörig fühlen. Das hängt davon ab, von der Integrationskraft der Gesellschaft, der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe, persönlicher Kontakte, und dem Gefühl des solidarischen Miteinander und einer sozialen Gerechtigkeit.

Wenn wir die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen betrachten und den Stimmenanteil der populistischen AfD, denn scheint bei vielen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Eindruck, das Gefühl entstanden zu sein, nicht mehr der heutigen Gesellschaft zugehörig zu sein oder Gefahr zu laufen nicht mehr zugehörig zu werden.

Deutschland, Angstland?

So die Überschrift eines Artikels von Florian Gathmann, auf Spiegel-Online, vom 7. September. Er schreibt unter anderem: „Die Deutschen sind materiell sehr zufrieden - aber trotzdem voller Sorgen. Zu diesem Befund kommt eine interne Allensbach Studie für die SPD-Fraktion.“

„Deutschland geht es so gut, wie nie zuvor“, liest man immer wieder in den führenden Gazetten im Lande. Sind dieses lauter Durchhalteparolen? Sind wirklich die Menschen, so wie das Allensbach Institut meint, materiell sehr zufrieden, trotz steigender sozialer Ungleichheit im Lande, wie es der Paritätische Wohlfahrtsverband es immer wieder feststellt? Sieht es im Land wirklich so rosig aus, wie es uns von den Mainstream-Medien, von der Politik vorgegaukelt wird?

Denn eine Angst macht sich in Deutschland breit, dabei ist die offensichtliche Angst vor den Flüchtlingen nur ein Symptom, die eigentliche Problematik liegt viel tiefer. Es ist die Angst vor dem Verlust von Einkommen und Wohlstand, von (unbefristeter), sicherer und auskömmlich bezahlter Arbeit, die Angst vor Armut im Alter und dem drohenden Abstieg in das Prekariat. Eben, die Angst vor der Zukunft!

Mit der Angst wächst die Wut auf die Politik, die Politiker, die diese Ängste und Nöte in der Bevölkerung scheinbar nicht sehen, nicht wahrnehmen (wollen). „Die da oben machen doch nur das, was sie wollen. Die interessieren sich doch nicht für uns, die kleinen Leute!“ Solche Reaktionen kann man dann schon mal hören. Dazu kommen viele politische Entscheidungen, viele Argumentationen der Parlamentarier, der Regierungsverantwortlichen, welche die normalen Bürger nicht verstehen, ja, nicht verstehen können, die ihnen nicht von den Politikern oder den Medien entsprechend erläutert und erklärt werden, oder die sie scheinbar nicht betreffen, ihre Interessen nicht tangieren.

Doch viele der Ängste der Bürgerinnen und Bürger werden auch durch bestimmte Verlautbarungen, durch bestimmte Gesetzesvorlagen (absichtlich) geschürt, welche die Lebensgewohnheiten, die Sicherheitsbedürfnisse, aber auch ihre persönlichen Freiheiten beeinträchtigen könnten, oder ihren bisherigen persönlichen Status. Aufgrund dieser Imponderabilien in ihrer Lebensgestaltung sind die Bürgerinnen und Bürger oft sehr verunsichert und mit der Zunahme solcher Unverträglichkeiten, entwickeln sich bei

ihnen mehr oder weniger ausgeprägte Kontrahaltungen.

Wie aus Linken Rechte werden!

Aus dieser Kontrahaltung heraus beteiligen sich solche Personen oft nicht an den Wahlen, oder wählen aus Protest sogenannte Protestparteien, welche mit ihren populistischen (Wahl-)Aussagen und Programmen solche unzufriedenen Personenkreise gezielt ansprechen.

Daher ist es erklärlich, dass gerade die „Abgehängten“ in der Gesellschaft, (Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger, Mindestlöhner oder atypisch Beschäftigte), solche populistische Rattenfänger wählen, weil sie hoffen, durch eine solche Stimmabgabe die regierenden Parteien und deren Abgeordneten zum Umdenken zu veranlassen. Aber auch viele des Abstiegsbedrohten Mittelstandes neigen dazu, als „Wutbürger“ solchen Parteien wie der AfD ihre Stimme zu geben.

Leidtragende sind in solchen Wahlatmosphären insbesondere die links orientierten Parteien im Lande. Wie aus Linken Rechte werden, so fragt Didier Eribon im Heft 8 der Blätter für deutsche und internationale Politik, und er schildert wie seine Familie, die einst traditionell „links“ gewählt hat, jetzt auf einmal die Rechten, die Front National wählen. Was war geschehen, so fragt er und stellt fest, dass die Sozialisten in Frankreich nicht mehr die Interessen des linken Milieus bedienen, sondern immer mehr die Interessen der Wirtschaft, der Bourgeoisie.

Auch bei uns entsteht oft der Eindruck, dass die Sozialdemokraten oft der neoliberalen Wirtschaftspolitik in einer marktkonformen Demokratie zu wenig Widerstand entgegenzusetzen, wo doch sie gerade sich für die Abgehängten in unserer Gesellschaft engagieren müssten, weil gerade sie sich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen sollten. Die einfachen Arbeiter, die sozial Abgehängten, aber auch die Verängstigten aus der unteren Mittelschicht, die Kleinbürger, meinen, dass ihre Interessen nicht mehr von der SPD verfolgt respektive vertreten werden, und wenden sich aus Verzweiflung den Rechten zu, wie einst am Anfang der 30er Jahre in der Weimarer Republik.

Wir Sozialdemokraten müssen das Vertrauen zurückgewinnen.

Doch wie sollte die Sozialdemokratie auf eine solche Situation reagieren? Wie können wir als progressive Partei den vermeintlichen Zukunftsängsten dieser Menschen entgegenwirken? Wir sollten dieses mit den folgenden Schritten versuchen und unser politisches Handeln entsprechend ausrichten:

1. Unser bisheriges politisches Handeln und unsere politischen Argumentationen überprüfen und ggf. die sozialpolitischen Aspekte stärker herausstellen.
2. Auf die Unzufriedenen zugehen, mit ihnen sprechen und diskutieren, und mit klaren Aussagen für ein mehr an sozialen Vorstellungen und entsprechenden Durchsetzungswillen, das Vertrauen dieser Menschen zurückgewinnen.
3. Langfristige politische Zielvorstellungen entwickeln, welche die soziale Gesellschaft stärken und festigen. Wobei die Standhaftigkeit der Sozialdemokraten zur Durchsetzung dieser Zielvorstellungen, ein wesentlicher Punkt hinsichtlich eines Vertrauens in die Politik der SPD sein wird.

Wenn wir wieder das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Politik zurückgewinnen, wenn wir wieder überzeugende Sozialpolitik vertreten, dann werden wir auch die herrschenden Ängste vor der Zukunft reduzieren, dann werden wir den Parolen des rechten Lagers Paroli bieten können!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 08.09.2016,

Heinrich Keuper